



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

521 (17.11.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194375](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194375)

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfl. M. 1.10 für Belegexempl. u. Einschlagsgeb. 20 Pf. — Fernsprechnr. 1730. — Adressen: Postfach 1730. — Adressen: Postfach 1730. — Adressen: Postfach 1730.

Bahische Neueste Nachrichten

Abdruckpreis: 1 Bogen 1.00 M., 2 Bogen 2.00 M., 3 Bogen 3.00 M., 4 Bogen 4.00 M., 5 Bogen 5.00 M., 6 Bogen 6.00 M., 7 Bogen 7.00 M., 8 Bogen 8.00 M., 9 Bogen 9.00 M., 10 Bogen 10.00 M.

Sebastopol geräumt.

Konstantinopel, 16. Nov. (WB.) Havas. Der Mitarbeiter der Chicago Tribune meldet unterm 15. Nov. aus Konstantinopel, daß Sebastopol gestern geräumt worden ist. General Wrangel schiffte sich auf einem russischen Kreuzer ein, der auch Truppen geladen hatte. Drei weitere Transportschiffe mit 20 000 Soldaten und ein Schiff mit Bewunderten sind mit unbekannter Bestimmung in See gegangen. Die Trümmer des Heeres des General Wrangel leisten heldenmütigen Widerstand. Die Lage ist jedoch unhaltbar. Viele Offiziere haben sich selbst erschossen, um nicht den roten Truppen in die Hände zu fallen. Man erwartet in Konstantinopel das Eintreffen von 25 000 Flüchtlingen.

Konstantinopel, 16. Nov. (WB.) Wrangel hat Sebastopol als Letzter verlassen. Nach der Räumung der Stadt durch die Truppen Wrangels bildeten sich örtliche Sowjets.

c. Basel, 17. Nov. (Pr.-Tel.) Das Echo de Paris meldet aus Konstantinopel: Die Bolschewisten haben Simferopol und Sebastopol unmittelbar nach ihrer Einnahme in Besitz genommen und verlegt und über die von ihnen eroberten Gebiete der Krim das Kriegsrecht verhängt. Die Bevölkerung der Krim mußte flüchten und wurde auf französische Transportschiffe nach dem Bosphorus verbracht.

Französische Besorgnisse.

c. Basel, 17. Nov. (Pr.-Tel.) Die Pariser Presse ist sich nicht einig in ihrer Ansicht über die Ursachen des völligen Zusammenbruchs der Wrangel-Armee. „Echo de Paris“ stellt fest, daß sich Anfang Oktober die französische Politik in bezug auf die Krimunternehmung wegen des Wunsches, in England die Spuren des Zwischenfalls vom August auszulöschen, geändert habe. Der „Temps“ schreibt Wrangels Niederlage der Weigerung der bolschewistischen Armeen und des zu späten Eintreffens der Hilfe zu, meint aber, daß das antibolschewistische Russland auch ohne Wrangel weiter handeln werde. „Journal des Debats“ beurteilt die Lage sehr ernst wegen des neuen Prestiges der Bolschewisten infolge des Krimkrieges, der sich an den der Kemalisten in Armenien anschließt.

c. Basel, 17. Nov. (Pr.-Tel.) Nach einer Meldung der „Humanita“ sind in der Kammer mehrere Interpellationen wegen der Niederlage Wrangels eingebracht worden. Eine Interpellation der Linken verlangt Auskunft über die Beteiligung der französischen Regierung an dem mißglückten Unternehmen. Das „Journal de peuple“ betont, daß die französischen Regierungskreise ihre Verantwortung nicht verbergen können darüber, welche nächsten Pläne die Sowjetregierung hinsichtlich der Verwendung der in der Krim freierwerbenden bolschewistischen Divisionen habe, deren Zahl auf 26 beziffert wird.

c. Zürich, 17. Nov. (Pris.-Tel.) Wie der Pariser Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung“ drahtet, findet die Niederlage Wrangels in Frankreich ein schmerzliches Echo. Nach den vernehmlichen Kritiken über die Wiedererhebung Russlands, die nach nur wenigen Wochen in der französischen Presse erschienen, überrascht die plötzliche Wendung des Geschicks. Man fragt sich allgemein, ob die Regierung alles, was in ihrer Kraft lag, getan hat, um Wrangel zu unterstützen.

Die Freundschaft zwischen Kemalisten und Bolschewisten. London, 16. Nov. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Beziehungen zwischen den Kemalisten und den Bolschewisten immer enger werden und zum Ziele die Vertreibung aller fremden Truppen aus Mesopotamien haben. In Ankara ist über alle Unterzeichner des Friedensvertrages von Genes das Todesurteil ausgesprochen worden.

Gefechte zwischen Polen und Litauern. Rom, 16. Nov. (WB.) Die Litauische Telegraphenagentur meldet: Am 11. November erfuhr die Kontrollkommission des Völkerbundes durch ihren Vorsitzenden Oberst Gwardigny die litauische Regierung, eine defensiv-taktische Front zu besetzen, wo litauische Truppen mit dem polnischen Heer in Fühlung kommen und ferner die Einstellung der Entsendung von Flugzeugen zu veranlassen. Ein Telegramm gleichen Inhalts sandte die Kontrollkommission an die polnische Regierung mit dem Ersuchen, Zeligowski zu befreistellen.

Die Verhandlungen der litauischen Regierung mit den französischen Vertretern haben zu einem Übereinkommen geführt. Die Regierungen versprechen sich gegenseitig Unterstützung im Kampfe gegen den polnischen Imperialismus. Auf dem linken Wisla-Ufer besetzten die Polen gestern mehrere Stellungen von Grabellat und Sopselna. Auf dem rechten Wisla-Ufer griffen polnische Artillerie und Infanterie an. Die Gefechte dauerten bis abends. Die Polen mußten unter großen Verlusten zurückweichen. Polnische Angriffe auf Allnowa und Alonai sowie auf Sontakal und Pustiki wurden abgewiesen.

Die Reise der Kontrollkommission von Warschau nach Rom wurde unterbrochen, da die Eisenbahnbrücke drei Kilometer östlich von Forcia zerstört ist. Der Vorsitzende der Kommission, Oberst Gwardigny, ersuchte die litauische Regierung um Instandsetzung der Brücke, unter der Bürgerschaft Zeligowski die Brücke für Verweigerung gegen Litauen nicht herabgelassen wird. Bis zur Instandsetzung der Brücke erbat Gwardigny die litauische Regierung, eine Abordnung zu ihm zu senden. Die Delegation ist am Montag abgereist.

Oberschlesien.

Berlin, 17. Nov. (Von unserm Berliner Büro.) Die litauische Regierung hat, wie die „Vossische Zeitung“ erfahren hat, beim Vorkommnisse dagegen Einspruch erhoben, daß polnische Blätter unter Berufung auf Mitteilungen des Völkerbundes bestimmte Nachrichten über die Festlegung

eines Termins für die überschlesische Abstimmung bringen, die der deutschen Regierung bisher vorenthalten worden sind. Die deutsche Regierung hat deshalb um Aufklärung ersucht, inwieweit die Meldungen der polnischen Blätter zutreffend sind und eine möglichst baldige Bekanntgabe des genauen Abstimmungstermins verlangt.

Berlin, 16. Nov. (WB.) Der Reichstag nahm heute in öffentlicher Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Autonomie Oberschlesiens einstimmig in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung an, die gegenüber der Regierungsvorlage redaktionelle Änderungen aufweist.

Oppeln, 16. Nov. (WB.) Die Interalliierte Kommission erließ für das Abstimmungsgebiet für die dort wohnenden Personen eine Amnestie. Sie umfaßt allgemeine Vergehen, strafbar nach den §§ 110, 116, 126, 127, 130, 132, 135 des R.-St.-G. sowie Vergehen begangen im Nationalitätenkrieg, wirtschaftlichen Kampfe der Gesellschaftsklassen gemäß §§ 123, 139, 185 und 245, sowie § 113: Widerstand gegen die Staatsgewalt, § 115: Aufruhr unter Ausschluß der Anführer u. § 124: Hausfriedensbruch begangen durch zusammengetriebene Mengen.

Die Völkerbundslagung in Genf.

Lebhafte Auseinandersetzungen über die Aufnahmefrage.

Genf, 16. Nov. (WB.) In der nachmittags 4 Uhr beginnenden vierten Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde die Aussprache über die Arbeitsmethoden der Versammlung und der Kommissionen fortgesetzt. Nach dem Antrage des Präsidenten sollte jeder Kommissionspräsident einen Tag nach seiner Wahl dem Präsidenten der Versammlung einen objektiven und allgemein gehaltenen Bericht vorbringen über die Gesamtheit der der Kommission zur Behandlung unterbreiteten Fragen. Außerdem sollte die Delegation, die es wünscht, unmittelbar anknüpfend an diesen Bericht ihre Bemerkungen vorbringen können.

Tittoni (Italien) bringt zu diesem Vorschlag einen u. a. auch von Ador (Schweiz) unterstützten Antrag ein, diese beiden Punkte zu streichen, in der Meinung, daß durch ein solches Vorgehen eine unnütze Doppelarbeit geleistet und die Verhandlungsdauer des Völkerbundes unnötig verlängert werde. Barnes (England) bekämpft diesen Streichungsantrag mit der Begründung, daß es notwendig sei, den Kommissionen gewisse Richtlinien zu geben über die von ihnen zu behandelnden Fragen, was nur geschehen könne durch eine der Kommissionsarbeit vorangehende öffentliche Diskussion. Eine solche vorangehende Diskussion in der Völkerbundsversammlung scheine schon deshalb notwendig, weil in dem zur Diskussion gelangenden Bericht des Generalsekretariats einige wichtige Fragen, wie z. B. die Frage der Aufnahme ehemaliger feindlicher Staaten, nicht behandelt wurden und die Versammlung Gelegenheit erhalten soll, über die Angelegenheiten raschstens ihre Ansicht auszudrücken. Wenn die Arbeit in die Kommissionen verlegt wird, ohne daß die Versammlung solche Fragen diskutieren könne, so werde zweifellos eine Reihe von Mitgliedern abreisen müssen, bevor sie Stellung nehmen können.

Ramens der französischen Delegation bekämpfte Tittoni die Frage der von Barnes vertretenen Auffassung mit dem Hinweis darauf, daß diese Methoden zu einer Verschleppung der ganzen Arbeit der Völkerbundsversammlung führen könnten. Eine der Kommissionsarbeit vorangehende öffentliche Diskussion müsse notwendig, als in den Kommissionen sämtliche Delegationen ihre Vertreter haben und dort ihre Auffassung zur Geltung bringen können. Notwendig ist auch, daß der Kommissionspräsident in den Verhandlungen nicht seine persönliche Auffassung über die Probleme zum Ausdruck bringt, sondern diejenige der Kommission auf Grund der Beratungen. Die öffentliche Meinung erwarte vom Völkerbund nicht viel Neues, sondern vor allem Taten. Wenn die Versammlung der öffentlichen Kritik standhalten wolle, so müsse sie nach den bewährten parlamentarischen Methoden arbeiten, die überall eine Vorarbeit der Kommissionen voraussetzen.

Nach der Rede Tittoni wurde beschlossen, gemäß dem Antrage Tittoni-Ador, auf einen Bericht der Präsidenten der Kommissionen und auch auf eine Diskussion vor erfolgter Berichterstattung durch die Kommissionen zu verzichten.

Gemäß einer Anregung von Lord Robert Cecil wurde beschlossen, daß die Kommissionen über die einzelnen Fragen Bericht zu erstatten haben, sobald sie zu einem Beschluß gekommen sind.

Präsident Hymans schlug dann vor, morgen die Vertreter in die einzelnen Kommissionen zu bezeichnen. Die morgige Sitzung des Völkerbundes wird dem Bericht des Generalsekretariats über die Tätigkeit des ersten Jahres des Völkerbundes gewidmet sein. Am Donnerstag soll die Wahl der 6 Vizepräsidenten stattfinden, worauf die Kommissionen ihre Tätigkeit beginnen werden. Weiter wurde beschlossen, daß jede von den Kommissionen erzielte Frage sofort der Versammlung zu unterbreiten ist, so daß fortlaufend nicht nur Kommissionsitzungen, sondern auch Sitzungen der Versammlung stattfinden können. Schluß 6.30 Uhr. Nächste Sitzung, Mittwoch 10.30 Uhr.

Die französische Drohung.

Berlin, 17. Nov. (Von unserm Berliner Büro.) Wie aus Genf gemeldet wird, meint der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ in einer Depesche an sein Blatt: Der bekannte Aufruf von Lord Selbourn, Lord Grey und Burnes für die Aufnahme Deutschlands drückt nicht nur die Ansicht der britischen, sondern auch anderer Kreise aus, und wenn es sich in Genf nur darum handelte, daß die Nationen einander niederstimmten, so wie es die Parteien in den Parlamenten tun, dann wäre die Frage schnell zugunsten Deutschlands erledigt. Die deutsche Regierung hat erkannt, daß dem nicht so sei. Eine Mehrheit für die Zulassung Deutschlands wäre in Genf ohne Zweifel vorhanden. Aber auf der anderen Seite steht die französische Drohung. Er fährt dann fort: Es gibt nur eine plausible Erklärung für diesen extremen Schritt (nämlich Frankreichs): die Entschädigung ist noch nicht festgesetzt. In den nächsten paar Monaten soll das aber

geschehen, sodas die Versammlung im nächsten Jahre einen klaren Prüfsstein dafür haben wird, ob Deutschland die verlangten, wirksamen Garantien zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen gibt. Doch diese Haltung Frankreichs für seine Hauptzwecke eine ernste Verlegenheit bildet, liegt auf der Hand. Sie gibt Berlin ein Aussehen überlegener Weisheit und Nüchternheit. In einer anderen Stelle sagt dieser Vertrauensmann Lloyd George's, daß auch heute eine volle und entschlossene Übereinstimmung zwischen den beiden Westmächten fehle. Der Pariser Vertreter der „Westminster Gazette“ unterstreicht den Zwang, der in der französischen Drohung liegt und meint, daß die französischen Vertreter versuchen werden, eine enge Kauer gegen die Zulassung Deutschlands zu bauen, dadurch, daß sie die Versammlung bestimmen, sehr verwickelte Zahlungsbedingungen zu formulieren.

Genf, 16. Nov. (WB.) Der Sonderberichterstatter der Waller Nachrichten bemerkt zu der zwischen Lord Cecil und der französischen Delegation entstandenen Debatte über die Aufnahme gesuchter neuer Staaten in den Völkerbund u. a.: Diese Frage werde noch zu Weiterungen führen. Es ist ganz klar, daß die Völkerbundsversammlung auf die Aktionsfähigkeit gebracht wird, wenn die französische Auffassung durchdringt. Noch ihr ist nur distanzabel, was die Regierungen rechtzeitig erfahren haben. Die Arbeit der Völkerbundsversammlung ist dann nicht mehr die eines Westparlamentes, sondern die Dinge könnten dann ebensogut auf dem diplomatischen Korrespondenzwege erledigt werden. Der französischen Sabotageversuchen liegt die latente Angst vor einem Ueberrumpelungsversuch mit dem Zwecke der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zugrunde.

c. Zürich, 17. Nov. (Pris.-Tel.) Der Pariser Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung“ drahtet: In dem Bericht über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund erklärt der „Revue Parisienne“ in einem inspirierten Artikel, die Antwort der französischen Delegation werde sein: heute um keinen Preis, morgen gewiß. Die sicheren Bürgschaften für die ausrichtige Erfüllung, die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, bestehen nicht, bevor Deutschland begonnen hat, die Wiedergutmachung zu zahlen.

Harding will einen neuen Völkerbund errichten.

Paris, 16. Nov. (Havas.) Der „Chicago Tribune“ wird aus Philadelphia gemeldet, daß die Zeitung „North America“ heute einen Aufsatz veröffentlicht, in dem erklärt wird, Präsident Harding werde die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien, Japan, Deutschland und sowie Eliza Root berufen, um einen neuen Völkerbund zu errichten, der sich auf der Grundlage des von Root angeregten Weltfriedensgerichtshofes aufbauen soll. Demselben Blatte zufolge soll Präsident Harding nicht die Absicht haben, nach Europa zu kommen.

London, 16. November. (WB.) Die Times melden aus Washington: Die erste Tat des Kongresses, den Harding nach der Uebernahme der Präsidentschaft einberufen wird, wird die Annahme einer Entschlieung sein, worin der Kriegszustand als beendet erklärt wird. Danach sollen Verhandlungen mit dem Auslande bezüglich des Völkerbundes und des Friedensvertrages eingeleitet werden.

Genf, 16. Nov. (WB.) Das Journal de Geneve teilt mit, daß bei der Besprechung der Danziger Frage im Völkerbundsrat Bürgermeister Schum mit viel Würde die Interessen von Danzig verteidigt habe. Frankreich und England hätten bis jetzt nicht die polnische Beweisführung unterstützt. Der Völkerbundsrat hat die Prüfung der Danziger Frage auf Donnerstag vertagt.

Rücknahme der amerikanischen Truppen aus Deutschland?

JPU. Washington, 17. Nov. (Pris.-Tel.) Präsident Harding hat dem republikanischen Senator Knox, der sich wegen Krankheit nicht aktiv an der Wahlkampagne beteiligen konnte, mitgeteilt, daß er, Harding, seinen Wählern versprochen habe, die amerikanischen Truppen aus Deutschland unverzüglich zurückzurufen, nachdem er die Regierung übernommen habe. Letzter Tage hat sich Harding auch gegenüber Regierungsbeamten in diesem Sinne ausgesprochen, wobei er bemerkte, daß die Rücknahme der Truppen mit aller Beschleunigung durchgeführt werde.

Im Anschluß an diese Meldung erfährt der Pariser Korrespondent der internationalen Presseunion, daß der Entschluß Hardings bekannt sei und seit einigen Tagen in Paris darüber verhandelt werde, mit welchen Truppen die amerikanische Zone besetzt werden soll. Frankreich habe sich bereit erklärt, die erforderlichen Truppen mit Belgien allein einzustellen, doch will England an der Besetzung neuerdings teilnehmen.

Englands Auffassung ist insofern etwas unverständlich, als bis vor einigen Wochen in London tagelang im Kabinett darüber beraten wurde, ob England sich von der Besetzung am Rhein zurückziehen sollte. Das war allerdings in den Tagen, als zwischen England und Frankreich ernste Zwistigkeiten bestanden und man in England im Zweifel war, ob es im englischen Interesse liege, sich von Frankreichs Plänen loszulösen. Inzwischen hat sich dort der politische Wind gedreht und die Entente ist wieder völlig einig.

Die Rheinlandreise der Reichsminister.

Nachen, 16. Nov. (WB.) Heute nachmittag sind der Reichskanzler Fehrenbach und der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hier eingetroffen. Beide Herren wurden am Bahnhof durch den Oberbürgermeister empfangen.

in Köln, 17. Nov. (Pris.-Tel.) „Cologne Post“ veröffentlicht heute folgende Erklärung: Wir sind beauftragt, unsere Mitteilungen in unserer Sonntagsausgabe, wo wir berichteten, daß der Kommissar von Köln Bigott die deutschen Minister Fehrenbach und Simons gelegentlich ihres Besuchs empfangen wurden, richtig zu stellen. In Anbetracht der

Rede des Ministers nach im Reichstag, in deren Verlauf er verschiedene ungenaue und irreführende Feststellungen über die Höhe der Kommission machte, ist der britische Kommissar in Köln verständigt worden, in keinerlei Fühlungnahme mit den deutschen Ministern zu treten.

Die Vorfälle in Eger.

Eger, 16. Nov. (W.A.) Die Ereignisse vom Sonntag liegen noch auf den Gemütern der Einwohner. Der Karztyplatz wurde aus Furcht vor neuen Angriffen auf das Denkmal Kaiser Franz Josefs von der Gendarmerie besetzt. Das Denkmal wurde mit eisernen Banden an dem Sockel festgemacht. Die erregte Menge zerstörte die Einrichtung der tschechischen Schule.

Prog. 16. Nov. (W.A.) Es wird berichtet, daß heute morgen eine Abordnung verwundeter Frauen, Kinder und Soldaten in Prag angekommen sind, die angeblich bei den tschechenfeindlichen Kundgebungen in Eger mißhandelt wurden. Weiter heißt es in dem Bericht: Diese Abordnung veranstaltete auf dem Wenzelsplatz eine Volksversammlung, in der das Vorgehen der Deutschen scharf verurteilt wurde. Nach Schluß der Versammlung begab sich die marschierende Gruppe von 1500 Personen angewachsener Menge zum Deutschen Theater und besetzte es. Es wurde das Schlagwort ausgegeben, das alle deutsche Theater sei vom Volke beschlagnahmt worden. Später kamen in das Theater eine Reihe tschechischer Schauspieler vom Nationaltheater, welche zusammen mit der Theaterwache die Theaterausgänge besetzten und die Menge aus dem Theater hinauszudrängten. Die Vertreter der Schauspieler erklärte, daß sie das Theater gegen Beschädigungen schützen werde und daß das Theater solange für das tschechische Theater beschlagnahmt sei, bis ein entsprechender Ertrag geschaffen worden sei. Auf dem Dach des Theaters wurde die Staatsflagge gehißt. Die Menge begab sich nun vor das Deutsche Haus, drang in dasselbe ein und warf die Statuen heraus. Die Ermahnungen der Wache blieben ohne Erfolg. Gleichzeitig erschien ein anderer Haufen von etwa 40 Personen in der Redaktion der deutschen Zeitung *Bohemia* und erzwang von dem Redakteur das Versprechen, daß die Zeitung den morgen ab nicht mehr erscheinen werde. In dem Gebäude des Prager Tagblattes wurde die Einrichtung durchgehender geworfen. In der Deutschen Lesehalle wurde die Vereinsbibliothek aus dem Fenster geworfen. Ebenso wurde die Turnhalle beschädigt. Auch in der Druckerei der *Tribuna* wurde die Einrichtung zerstört. Um 6 Uhr abends umstellte eine etwa 200köpfige Menge, darunter Legionäre, das Neue Deutsche Theater und erklärte es für beschlagnahmt.

Die Landtagswahlen in Sachsen.

Das Votum des Bürgerturns.

Auch heute liegen noch keine Meldungen vor, auf welchem Wege sich die Regierungsbildung vollziehen wird, nachdem es einen so starken Kauf nach rechts gegeben hat. Die *Dresdner Volkzeitung*, das Organ der Mehrheitssozialisten, schreibt unter anderem:

Für die bisherige Weise geht es nicht mehr, denn Demokraten und Sozialisten können keine Mehrheit mehr bilden und ein Zusammengängen mit der Deutschen Volkspartei wird kaum möglich sein. Angesichts des immer noch rechtsextremen starken sozialistischen Einflusses halten wir es allerdings für ausgeschlossen, den bisherige Parteien die Regierung allein zu überlassen. Wie aber die Schwierigkeiten zu lösen sind, läßt sich noch nicht sagen.

Es liegt jetzt auch eine Berechnung der abgegebenen Stimmen vor. Im ganzen wurden abgegeben für die Deutschnationalen 428 247, die Deutsche Volkspartei 379 294, die Demokraten 187 291, das Zentrum 23 920, die Wirtschaftliche Vereinigung die keine Sitze erhielt, 17 217, die Mehrheitssozialisten 507 692, die Unabhängigen rechts 2 0 622, die Unabhängigen links 88 344, die Kommunisten 115 393 Stimmen.

Die Demokraten haben also rund 122 000 Stimmen weniger als die Deutsche Volkspartei, noch nicht einmal die Hälfte der von dieser Partei erreichten Stimmen. Die stärkste bürgerliche Partei sind die Deutschnationalen, sie werden nur noch von den Mehrheitssozialisten übertraffen. Zählt man die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien zusammen, so ergibt sich, daß sie mit 807 541 Stimmen in gewissen Sinne als stärkste politische Gruppe erscheinen. Bei dem vielfachen Zusammengehen der beiden Parteien kann man diese Zusammenstellung wohl vornehmen. Auf jeden Fall steht die weit überwiegende Mehrheit des Bürgerturns in der Deutschen Volkspartei und in der Deutschnationalen Volkspartei die geeignete Vertretung seiner Interessen, nicht in der demokratischen Partei, die ja ganz gewiss an Stimmen zurücksteht. Wenn den Wahlen in Sachsen symptomatische Bedeutung für die Stimmungen und Strömungen im deutschen Bürgerturn zukommt, so darf man sagen, daß die Ansichten im deutschen Bürgerturn, aus denen heraus es im Juni der demokratischen Partei die scharfe Abfrage erfolgt hat, auch heute noch in Geltung sind, daß sie das Vertrauen des deutschen Bürgerturns nicht wiederzugewinnen vermocht hat.

Eine neue Programmrede Kahrs.

Dank an die Pfalz. — Verteidigung der Einwohnerwehren. B. München, 17. Nov. (W.A., Tel.) In der gestrigen Landtags-Sitzung wurde in der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern und der damit verbundenen politischen Aussprache folgende Rede gehalten. Ministerpräsident Dr. v. Kahrs ergreift. — Hmils das Wort zu einer großen bedeutungsvollen Rede und sagte u. a.:

Die bisherige politische Aussprache hat auf Seiten der Koalitionsparteien eine erfreuliche Abschwächung in allen wesentlichen Punkten mit den von mir geschilderten Richtlinien unserer Politik ergeben. Im Verlauf der Aussprache sind unsere Gedanken wiederholt auch auf unsere so sehr bedrängte Kapitalfrage gekehrt worden, die in dem Kampf mit ihren Bedingungen ein so erhebliches Beispiel des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls bietet. In dieser patriotischen Stimmung haben bei alle Parteien der Pfalz, gleichgültig welcher Partei sie angehören, in erfreulicher Weise teilgenommen. Sie zeigen uns von Tag zu Tag, daß es über alle Parteigrenzen etwas gibt, was uns einigt, was über den Parteien steht und was uns ein Leichter sein muß, in allem Kampf der Not. Dafür gebührt unseren pfälzischen Mitbürgern der warmste Dank, den wir dadurch bezeugen wollen, daß wir sie in ihrem schweren Kampfe mit allen Kräften unterstützen.

Der Ministerpräsident erklärt dann nochmals in längeren Darlegungen, daß für die Regierung nur das Koalitionsprogramm ein und fest steht. Der Empfang des französischen Gesandten in München wurde in einem Rahmen durchgeführt, der in einer unausgesprochenen Rücksprache mit dem Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten festgelegt worden war. Niemals hat die bayerische Regierung sich mit ausländischen Vertretern und Beamten in Verhandlungen eingelassen.

Was man die Einwohnerwehrenfrage angeht, so stehen sich im Verlauf der letzten Verhandlungen zwei Auffassungen gegenüber. Eine, die von der Regierung und von den Koalitionsparteien vertreten wird, sieht in der Einwohnerwehr ein absolut unerlässlich Mittel des Staates zur Abwehr des inneren Unfriedes und zur Aufrechterhaltung der

Staatserhaltung und zwar in gleicher Weise nach rechts und nach links. Sie hält an der Einwohnerwehr fest, solange der Bestand des Staates noch nicht so besetzt ist, daß er auf diese anormalen Hilfsmittel des Selbstschutzes der Einwohner verzichten kann. Da diese zur Zeit noch nicht der Fall ist, lehnt sie die Auflösung und Einstellung kurz als unmöglich ab. Eine andere Auffassung, die von der linken Seite des Hauses vertreten wird, sieht in der Einwohnerwehr nichts anderes als ein Hilfsmittel der Reaktion gegen die Revolution und gegen die gegenwärtige Staatsform, nicht ein Schutzmittel für den Staat und gegen den inneren Unfriede, sondern ein Angriffsmittel gegen ihn zur Herbeiführung einer reaktionären Umwälzung. Über auch die Mehrheitssozialdemokratie ist bereit, die Einwohnerwehr frei zu geben. Es ist bedauerlich, daß auch in dieser Lebensfrage unseres Staates die Sozialdemokratie aus parteipolitischen Gründen von dem geschlossenen Willen der weitaus überlegenen Mehrheit unserer Wähler abzuweichen zu müssen scheint. Ich stelle fest: Die Einwohnerwehr ist eine Abwehrorganisation gegen Revolutionäre und zwar gegen revolutionäre jeder Art, gleichgültig ob nach rechts oder nach links gerichtet. Sie ist keine weiße Garde gegen die Arbeiterklasse. Wenn man behaupten sollte, daß sie militärischen Charakter habe, so wäre das unannehmlich und eine unangelegliche Denunziation. Der Waffeneinsatz der Einwohnerwehr ist vollkommen legitim. Sie steht in keinem Geheimband und hat in keiner Weise die Öffentlichkeit zu scheuen.

Der Zustand aus der Staatskasse für die Einwohnerwehr beträgt 15 Mill. Mark. Wenn wir die Einwohnerwehren durch Polizeivorgänger ersetzen würden, so können die Kosten auf mehr als das Zehnfache. Ein beachtlicher Rechtsputz ist nichts anderes als ein irrjüngiges parteipolitisches Mißtrauen. Die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung in der Frage der Einwohnerwehr ist klar und eindeutig. Sie will weder reaktionäre Ziele verfolgen, noch der Reichsregierung schwere Forderungen entgegenbringen, sondern sie will den Besten des Staates wahren über die kommenden schweren Zeiten hinwegtreten im Interesse aller, nicht zum mindesten aber auch der Arbeiter und das ist ihre ohne die Einwohnerwehr nicht möglich.

Der Ministerpräsident wies die ungenauen Vorwürfe des Abg. Anders und der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Regierung und seine Person mit aller Entschiedenheit zurück und forderte den Besatz der Mehrheit des Hauses. Die Regierung wird, wie bisher so auch in Zukunft getreu an den von ihr geprägten Grundsätzen festhalten. Sie wird insbesondere trotz allem Widerstande denjenigen, die es zu keiner Veröhnung kommen lassen wollen, an dem Grundgedanken der sozialen Veröhnung festhalten. Jede andere, die mehr vertritt, ist unannehmlich und gibt den Klassen Streit kein Brot.

Die Rede des Ministerpräsidenten fand bei der Mehrheit des Hauses lebhaften Beifall. Dann sprach noch der Abg. Dr. Ernst Müller, der von der Einwohnerwehr unter anderem sagte: An der bayerischen Einwohnerwehr müssen wir im Interesse des Landes und des Reiches festhalten, bis der Bestand des Staates gesichert ist. Eine Demokratie, eine Republik ohne Selbstschutz ihrer Bürger ist zugleich ein Schwindel.

Die pfälzische Sozialdemokratie.

B. München, 17. Nov. (W.A., Tel.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Landtags-Sitzung gab der Abg. Feld (Wagner, Sp.) die Erklärung ab, daß er die am vorigen Freitag gemachte Äußerung gegenüber der pfälzischen Sozialdemokratie, die durch Zwischenrufe prozessiert worden war, nicht aufrecht erhalten könne und sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.

Das frühere Mitglied der deutschen Friedensdelegation Rudolf von Angländer schreibt in Anbetracht der im Landtag erhobenen Normurfe gegen die Vaterlandsiebe der Pfälzer Sozialdemokraten: „Zur Steuer der Wahrheit“ in den *Münchener N. N.* einen Artikel, in dem er seine persönlichen Erfahrungen in der Pfalz mitteilt, um nach einem Loblied auf die Vaterlandsiebe und Treue von zum Teil gläubenden deutschen Patrioten der pfälzischen Mehrheitssozialdemokratie zu folgendem Schluß zu kommen: Ich bin ein scharfer politischer Gegner der Sozialdemokratie, aber ich halte es nach jenen Vorgängen im bayerischen Landtag für notwendig, offen zu bekennen, wie in der Rheinpfalz die Arbeiterkraft auch der Mehrheitssozialdemokratie in nationaler Beziehung einwandfrei handelt.

Deutscher Reichstag.

Eine sozialdemokratische Interpellation über die Kapitalverflechtungen nach dem Auslande.

⊔ Berlin, 17. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Abg. Hermann Müller hat als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: Ist es richtig, daß namhafte Kapitalverflechtungen nach dem Auslande stattgefunden haben? Ist es weiter richtig, daß in Berlin die Aufhebung der Bankhauses Cruse stattgefunden und zur vollständigen Verschleppung der Aktien und Geschäftsbücher geführt hat? Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weitverbreitete Kapitalverflechtung nachgewiesen wurde, und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder adiger und kaiserlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern festgesetzt worden sind? Was gedenkt die Reichsregierung gegenüber den Beschuldigten zu tun und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich die entsprechenden Vermögenswerte zu sichern?

Der „Vorwärts“ glaubt diese immerhin eigenartige Interpellation folgenlos nachgeben zu können: Das Bankhaus Cruse befindet tatsächlich in der Vorkasse, ist aber merklich weniger in seinem Wert, oder Totalverlust zu finden. Offenbar ist der Inhabere und Gesellschafter Tätigkeit die Kapitalverflechtung nach dem Auslande abzulesen, deren Gesamtbetrag sich auf viele 100 Millionen Mark belaufen soll. Zu den Kunden von Cruse gehörten auch ansehnliche in erster Linie fürstliche und hochadlige Personen, auch eine stattliche Anzahl holsteinischer Prinzen und Prinzessinnen. Cruse selbst ist nichtig.

Deutsches Reich.

Die Postbeamten und das Reichsfinanzministerium. Man schreibt aus aus Kreisen der Postbeamten: Neuerdings erscheinen in großen Tagesblätter Aufsätze, die als polemisch zu bezeichnen sind, vom Reichsfinanzministerium inspiriert sind, und die den geistig berechtigten Kampf gegen den Schwindel zum Gegenstand haben. Einleitend heißt es: „Was Schwindelgewinnen im Wesen hat einen Umfang angenommen, dem offenbar das Reichsfinanzministerium nicht länger mehr zuzusehen gewillt ist.“ Weiter wird dann in Bezug auf den Schwindel gesagt: „Der Schaden wird zum Reichsfinanzministerium, daß das Reichsfinanzministerium unter der Post- und Telegraphenverwaltung einen ganz ungeheure Schaden angenommen hat und zwar gerade unter den Kreisen, die bei dem Aufnahm einer Weltordnungsebene ihre Wichtigkeit mit allem Nachdruck betonen.“

Der „Vorwärts“ kommt hier wieder einmal mit aller Deutlichkeit zum Vorzeichen. Kampf gegen die berechtigten Forderungen der Postbeamten, wo immer sich nur eine günstige Gelegenheit zu bieten scheint! Was aber hat es nun mit diesem ungeheuerlichen Umfang des Verschuldungswesens an sich? Die Interessentvertretung der mittlern Postbeamten, der Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, erstündete sich danach unerschrocken an maßgebender Stelle, nämlich im Reichsfinanzministerium. Und jetzt, was doch wohl wissen muß, wird in der eigenen Verwaltung vor sich sein, weiß von der vom Reichsfinanzministerium aufgestellten und ungeheuerlichen Beschichte nichts! Im Gegenteil, es lägen aus dem Westen

Berichte vor, daß die Postbeamten Hand in Hand mit den Inhabern den Schwindel nach Kräften zu bekämpfen suchten. Weiter ist die Behörde, nach der Postbeamtenorganisation meist etwas von jenen Angehörigen, die doch schwerlich aller Welt verdorben bleiben und nur dem Reichsfinanzministerium bekannt werden konnten. Und doch spricht dieses davon, daß die Beschuldigungen ganz schamlos beladen würden!

Ferner wird den Postbeamten zum Vorwurf gemacht, daß sie in den Diensträumen kein Durchsuchungspersonal duldeten. Darüber haben nicht die Postbeamten, sondern darüber hat allein die Wehrbehörde zu bestimmen, und es ist daher nicht ein einziger Postbeamter, daß die Postbeamten den bezüglichen Anordnungen der Wehrbehörde zuwider gehandelt hätten. Es ist bezeichnend, wenn die Beamten des Reiches das Reichsfinanzministerium öffentlich mit Unwillen und Enttäuschung zurückweisen. Es scheint, daß in diesem Ministerium sich eine Seele aufgemacht hat, die sich die Bekämpfung der Postbeamten und ihrer Familien, und zwar in erster Linie die Bekämpfung der Postbeamten, zum Zweck gesetzt hat. In unserer Zeit, wo alles gegeneinander arbeitet, soll der wachhaltig nicht auch noch die Ministerien daran geben, die einzelnen Postkreise gegeneinander aufzuhetzen, während dürfte es weit eher deren Aufgabe sein, beizuhelfen und anziehend zu wirken. Ueber den nächsten Zweck, nämlich die berechtigten Forderungen der Beamten zu diskreditieren, das man lieber das Interesse der Kollegen vollkommen aus dem Auge verlieren, wie man überhaupt hierfür bei diesen Maßnahmen lieber Gottes Namen blöd hat. Ein gut Teil unserer Kammer im Innern ist auf diese unglückliche Artzuchtigkeit zurückzuführen. Die Beamten aber sind nicht gemüht, sich derartige Anreizempfehlungen noch weiterhin gefallen zu lassen. K. W.

Der Wahltag in Preußen am 20. Februar.

⊔ Berlin, 17. Nov. (Von unserm Berliner Büro.) Der Vorkessrat der preussischen Landesversammlung beschloß einstimmig, nachdem ein Antrag der Deutschnationalen, der den 13. Februar als Wahltag festgesetzt, abgelehnt worden war, die Wahlen am 20. Februar stattfinden zu lassen. Man hatte sich deshalb für die Verschiebung der Wahlen um acht Tage entschlossen, weil man unter allen Umständen den Erfolg der Verfassung, das Wahlgesetz und andere wichtige Gesetzgebungsarbeiten erleben will.

Das Urteil im Göttinger Töchterprozess.

⊔ Göttingen, 16. Nov. (W.A., Tel.) In dem zweiten Göttinger Räte-Töchterprozess wurde heute Abend das Urteil gesprochen. Der Hauptangeklagte Raab aus Göttingen erhielt 1 1/2 Jahre, Konrad 9 Monate, Grimm 6 Monate, zwei weitere Angeklagte je 3 Monate Gefängnis. Drei wurden freigesprochen. Am Donnerstag beginnt ebenfalls vor dem Reichsgericht der Reichswehrgruppenkommando I der Provinz gegen den vermuteten Hauptinstigator der ganzen Räteputzsch Mehnert aus Roggeburg sowie 10 Nebenkläger.

Berlin, 16. Nov. Die Preussische Landesversammlung.

nahm endgültig die Vorlage betr. die Ueberführung der Preussischen Staatsbahnen auf das Reich an.

Baden.

Allerlei Vermutungen über den Minister a. D. Dietrich. X Karlsruhe, 16. Nov. Der Badischen Volkstischen Korrespondenz wird geschrieben: Der Badische Reichstagsregistrator heute im Anbetracht der Rückkehr des Minister a. D. Dietrich bei der Heilbrunner Demokratientagung gefühlt habe, allerlei Vermutungen. Das Generalsekretariat der Deutschen demokratischen Partei hat demgegenüber dem Badischen Reichstagsregistrator mitgeteilt, daß Herr Reichs- und Landtagsabg. Dietrich auf der Heilbrunner parlamentarischen Tagung nicht gefühlt hat. Er konnte nur am ersten Tag, für den kein Referat vorgesehen war, wegen Krankheit nicht erscheinen, ist aber dann vom 2. Verhandlungstage an bis zum Schluß der Beratung anwesend gewesen. Es entbehrt somit die Vermutung des Badischen Reichstagsregistrator Grund.

Sie müssen abwarten, ob mit diesem Demers der Fall Dietrich endgültig geklärt und erledigt sein wird.

Aus dem Parteilieben.

Verteilung der Deutschen Volkspartei in Kärnten.

Die Verhandlungen des Parteilagers der Deutschen Volkspartei in Kärnten werden sich nach der politischen und wirtschaftlichen Seite hinziehen. Der politische Hauptberichter erlittet Abg. Dr. Steinhilber, den wirtschaftlichen Abg. Dr. Hugo Ueber die sozialpolitischen Fragen wird Abg. Thiel Bericht erstatten. Auch über den Friedensvertrag von Versailles ist ein besonderer Referat in Aussicht genommen.

Emmendingen, 15. Nov. Die Deutsche liberale Volkspartei hielt am Samstag u. Sonntag in Emmendingen, Leutkirch, Eichenau u. Emmendingen öffentliche Versammlungen ab, zu denen der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Ausschusses der Volkspartei, Kantonrat Heinrich Brigner, Brügg und der Generalsekretär Dr. Fuchs als Redner gewonnen waren. Während der erste Redner die wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Nöte unserer Zeit behandelte, erwarb der zweite ein langes Wort unterer gegenwärtigen politischen Lage. Herr Brigner sagte, wie die wirtschaftspolitische Lage seit dem 8. Juni herüber eine stete Klärung erfahren hat, so hat die landwirtschaftliche Situation geordnet der Deutschen liberalen Volkspartei ein großes Verdienst zuzuschreiben ist. Ihnen haben wir in jeder Weise den Wunsch geäußert, wie die landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu handhaben, wie nach dem Uebergangskomitee eine gescherte und geordnete Entwicklung bringen wird. Redner erregte einen ergebenden Applaus seine Verfassungen, ihrem Plänen zur Durchführung in wirtschaftlichem Sinne nachzukommen, nachdem nunmehr die Seiten der Staatswirtschaft geordnet seien.

Ausgangspunkt von den Ereignissen des 9. November 1918.

Dr. Fuchs, wozu wir durch die sozialistische Ideen gekommen sind. Die Deutsche liberale Volkspartei, die seit dem 8. Juni folgende geordnet hat, will nun auf politischen Grundlage ein Wiederansetzen des parlamentarischen deutschen Vaterlandes geben. Die heutige Situation muß der Erbprinzipien Staatspolitik wieder einer kritischen Beurteilung unterziehen. Ein Vergleich der heutigen Regierung mit der vorübergehenden ist klar, daß vorher die Parteiorganisation jetzt vollständig die Macht der Liberalen, Sozialen und vor allem auch nationalen Politik kritische Redner auch unsere gegenwärtigen Verhältnisse in der deutschen Regierung.

Ueberall einsetzen die Redner für ihre lehrreichen und hervorragenden den reichen Beifall aller Anwesenden.

Letzte Meldungen.

Wien, 16. Nov. (W.A.) Den Blättern zufolge wurde im Belgrad nach Protestversammlungen gegen den Vertrag von Santa Margherita der Ministerpräsident von dieser mehr als tausendköpfigen Menge angegriffen und vielfach beschädigt. Ein Demonstrationzug gegen die italienische Gesandtschaft wurde durch Militär verhindert. Dabei wurden mehrere Verwundete abgebracht; fünf Personen wurden schwer verletzt.

Wien, 16. Nov. (W.A.) Admiral Rondoniotti hat sich einverstanden erklärt, das Kabinett zu bilden.

London, 16. Nov. (W.A.) Daily Herald meldet, die Meinungsverschiedenheiten, die im englischen Kabinett über die Entscheidung über ein Handelsabkommen mit dem Ausland herrschen, dürften den Rücktritt mehrerer Minister veranlassen.

Winnen. Die im Vereine haben sich auch diesmal für die Ausführung eines...

Geige Lindberg und Julius Weismann werden heute abend im...

Die drei Theaterabende. Der zweite Theaterabend mit...

Handel und Industrie.

Mannheimer Warenbörse.

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

in Mannheim, 16. Nov. Die Börse wies heute einen sehr...

weil abgehenden Branntwein den Preis von 4000 M für...

Neu-Guinea-Compagnie, Berlin.

h. Berlin, 16. Nov. (Eig. Draht.) Die a-o, G.-V. wurde...

Eine Eisenbahnverkehrsmitel-A.G.

Die G.-V. genehmigte die vorgeschlagene Erhöhung...

Aufhebung der Bewirtschaftung von Kunstseide.

dm. Berlin, 16. Nov. (Eig. Draht.) Die Aufhebung der...

Verband deutscher Zinkwalzwerke, Berlin.

r. Düsseldorf, 16. Nov. (Eig. Draht.) Der Verband hat...

Kabelwerke A.-G., Nürnberg.

Q. München, 17. Nov. (Eig. Draht.) Unter dieser Firma...

Tafelglas- und Spiegelglas-Fabrik in Fürth.

Die Gesellschaft beantragt die Kapitalerhöhung von 3,4...

Geschäftliches.

Das Kaufhaus Weisbach & Co. m. b. H. hat seine bisherigen...

Aus dem Lande.

Welschheim, 15. Nov. Bei einem hiesigen Profuristen wurde...

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Mannheim, 16. Nov. Die Tendenz war heute etwas ruhiger...

Frankfurt, 16. Nov. (Draht.) Dollarnotea erführen an...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Table with 5 columns: Pegelstationen von Rhein, Datum, Wasserstand, Bemerkungen.

Weiterausichten für mehrere Tage im voraus.

18. November: Vielwolke heiter, normal temperiert, Nachfrost.

19. November: Vielwolke, teils Niederschläge, wärmer.

20. November: Bewölkt, milde.

Witterungsbericht.

Table with 5 columns: Datum, Temperatur, Wind, Bemerkungen.

Advertisement for 'UNSER WEIHNACHTS ANZEIGER' featuring a Christmas tree illustration and text about the holiday season.

National-Theater Mannheim.

Mittwoch, den 17. November 1920.
16. Vorstell. in Wien. Wien. B. für II. Garten B. 14)
Die Entführung aus dem Serail
Komische Oper in drei Akten von W. A. Mozart.
Die Szene geleitet von Eugen Gedroh. Musikalische
Leitung: Franz von Höpflin.
In den Hauptrollen:
Sella Bolla — Delfin; Camin — Wang; Can-
hanze — Fr. Eden; Bländchen — Fr. Tuchsinn;
Belmonte — Sigmann; Bedrillo — Ruhn.
Anfang 7 Uhr. Einzel-Breite Ende nach 9 1/2 Uhr.

Künstlertheater „Apollo“

Abendlich 7 1/2 Uhr:
Das neue Varieté-Programm
Erik Jan Hanussen in seinen stark neuen
und wehren Attraktionen. 5191

APOLLO-RESTAURANT
Morgen Donnerstag 8 Uhr
Grosser 5191
Unterhaltungsabend
Mitwirkende: Kabarettkünstler

Lebensschicksal
eines Jg. Mädchens
in 5 Akten mit
Lotte Neumann
Hähen auf dem Schlachtfeld
des Lebens I. Teil. 5241

Neu eröffn-t! Neu eröffnet!
Dooms Weinhaus
F 5, 14
Gutgepflegte offene u. Flaschenweine
Gute Küche.
Täglich ab 8 Uhr *940
Künstler-Konzert.

Wirtschaft „zum alten Reichskanzler“
S G. 20 Tel. 7249
Morgen **Großes Schlachtfest**
Spezialität: *929
Schlachtplatten
wogu freundlich einlädt Karl Gäng.

FERN ANDRA
ab Freitag 5243
Palast-Theater.

Verein für das Deutschtum im Auslande
Samstag, 20. Novbr., 8 Uhr, im alten Rathausaal
Vortrag von Dr. v. Reichensau, Gesandter z. D.:
**Der nationale Wiederaufbau
und das Auslandsdeutschtum.**
Vereinsmitglieder und Freunde unserer Sache
freundlichst eingeladen. 12804

Atemhygieniker
Leser-Lasario
hält 3. St. auf stell. Standt wieder
praktische Kurse
ab, heute von 10-12 Uhr und 5-10 Uhr abends
sonst Sonntags von 10-12 Uhr im
„Ballhaus“ Gartensaal
Ging. nah der hinteren Brandstrasse.
Besonders wichtig für Arterienverkal-
kung, Lunge, Herz, Krampf, Nerven usw.
von mediz. Seite voll anerkannt!
Nach Private können von mir perhnt. ihren
inbte. „Innenatmungsmassage-Typ“
erhalten, nach noch Anmeldung im „Pflüger
Hof“, zwischen 10-12 Uhr. Tel. 245 *909

Achtung! Schirmgeschäfte! Achtung!
Reparatur jedes Posten
Schirm-Reparaturen
mit und ohne Näherheit. Schnellste Beförderung.
billigste Preis. *936
Karl Adler, Schirmmacher, G 2, 8.

Wir haben wegen Platzmangels 4-5 Wagen
trocken. Stockholz
zum Preise von Mk. 1500.—
pro 10 Tannen mit Wagen Mannheim abzugeben
Heinrich Glock G. m. b. H.
Mannheim, Hafenstraße 13/15.
Telephon 1153 u. 1157. 12786.

UNION-THEATER
Nur noch 3 Tage
Die grosse Sensation!
Der Golem
Täglich ausverkauft! 5258

Verlangen Sie
Neger Kautabak
Das Beste vom Besten!
Hergestellt aus reinen Kentuckytabaken.
General-Vertretung:
J. Falst & Co.
Tabakwaren-Großhandlung
und Kleinvertrieb
Trautweinstraße 36. Telephon 6603
Vertreter gesucht. 12834

Schreib-
Arbeiten
Verstärkt ange-
fertigt 5772
Schürtz O. 7, 1
Telef. 6770
Nachhilfe und Aufsicht
3 Mark pro Stunde
Schöb. Mittelschullehrer.
Rheinbörsenstr. 16. 558

Sängerkreis Mannheim.
Sonntag, 21. Nov. 1920, nachm. 3 Uhr
im Musensaal des Rosengarten
Konzert
unter Mitwirkung von Frau Anni König-
Bomtsch, Ludwigshafen (Sopran) und
Herrn Leo Amar, i. Konzertmeister von
Nationaltheater Mannheim (Violine).
Eintrittskarten 4 Mk. 2.50 und Mk. 1.50 im
Mannheimer Musikhaus und an der
Tageskasse des Rosengarten. 12848

R 6.1 Zur Stadt Köln R 6.1
Heute und morgen
Groß-Schlachtfest
wogu höll. einladen Georg Febr, Wegg. u. 2011
Büchseartig empfiehlt ich meine gut bärg. Räder zu
ich. Tageszsch. Prima Wägel, Weine von 4 St. an.

Bruyere Pfeifen
Wir haben zu günstigen Preisen
grosse Lagerbestände übernommen.
Besteller mit Koffer zur die Details
zu sprechen *908
Donnerstag, 9-12, 245-315 Uhr, Hotel
Pflüger Hof, Zimmer 12.
Gebr. Esser, Cöln.

aller Art werden
mod. umgearbeitet
Pelze
A. Jons, Modes
Q 7, 20
Telephon 5096

Kalender 1921
Ich verteilte auch dieses Jahr, wie
früher, an meine Kundschaft die
Kalender
gratis 12874
Christian Hohlweg
Spezialhaus für kaufm. u. techn. Bürobedarf
Mannheim, D 7, 7
Fernsprecher 6242.
Die Kalender stehen zur Abholung bereit.

Gold und Silber
wird zu höchsten Tagespreisen
angekauft bei
Fritz Mast, Goldschmid, F 2, 98.

Drucksachen
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2.

Wir sind umgezogen
in die früheren Räume
des Cabaret Rumpelmayer
Heidelbergerstr. 07, 8

BEHREND & CO. m. b. H.
**HAUS- u. KÜCHENGERÄTE, GLAS UND
PORZELLAN GESCHENKARTIKEL**
In den neu bezogenen Räumen tritt unsere
bekannte Leistungsfähigkeit in ein neues Stadium
Wir haben unsere Auswahl in Geschenk-
artikeln sowie Haus- u. Küchengeräten
bedeutend erweitert
Wir haben unsere Preiswürdigkeit durch
günstige der Markttage angepassten Einkäufe
bedeutend gesteigert

BEHREND & CO. m. b. H.
Jetzt in den früheren Räumen des Cabaret Rumpelmayer
Eröffnung heute Mittwoch 4 Uhr.

Zur
**Beleuchtungs-
periode**
Künstlerische Tisch- u. Dielen-
Lampen mit Seiden-Schirmen.
Zug- und Hängelampen. 12828
Nachtlisch-Lampen und Ampeln
in allen Formen, Farben u. Stylarten.
Gebastete Lampenfücher in allen GröÖ.
Extra-Anfertigungen.
Voranschläge und Vertreter-Besuch kostenlos.
**Mannheimer
Kunst-Werkstätten**
C 2, 20 | Hch. Finne | Tel. 2835

Rumänien!
Die nächsten beiden **Sonderzüge** rollen nach **Bukarest**
wie folgt ab:
**am 25. XI. 20 ab deutscher Grenze
gegen Ende Dezember ab deutscher Grenze**
Güter, welche für diese Züge bestimmt sind, bitten wir
prompt an unserer Güterhalle anzuliefern. **Versicherungen**
gegen alle Gefahren decken wir zu günstigsten Beding-
ungen durch unser eigenes Versicherungs-Kontor A.-G.
Auskünfte über Frachten und Transportfragen erteilen
Schenker & Co.
Mannheim. Internationale Transporte